Sozialministerin Trautner: „Die Auseinandersetzung mit rechtem Terror – gerade auch nach 1945 – ist ein wichtiger Baustein in der Präventionsarbeit gegen rechtsextremistische Radikalisierung“ – Prävention

18. Oktober 2021

Rechtsterroristische Akte werden oftmals als singuläre, isolierte Ereignisse wahrgenommen. Sie finden zeitlich begrenzt statt und scheinen keine Berührungspunkte mit dem normalen Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger aufzuweisen. Eine neue Sonderausstellung des Memorium Nürnberger Prozesse will ausgehend von bekannten wie unbekannten regionalen Fällen internationale Verstrickungen und ideologische Verbindungen sichtbar machen. Ansetzend an der Lebensrealität der Besucherinnen und Besucher liefert das Ausstellungsformat wertvolle Impulse für eine sensiblere Wahrnehmung rechtsradikaler Tendenzen im Alltag sowie die Entwicklung eigener Handlungsoptionen.

Bayerns **Sozialministerin Carolina Trautner**: „Es ist wichtig, dass wir nicht mit dem Blick in die Vergangenheit gerichtet stehen bleiben. Das Aufzeigen von Verbindungslinien seit 1945 bis in die Gegenwart verdeutlicht die Relevanz des Themas für unser heutiges Zusammenleben in der Gesellschaft. Die Sonderausstellung schafft einen „geschützten“ Ort für die wertvolle und notwendige Auseinandersetzung mit den Hintergründen von Rechtsterrorismus nach 1945. Nur wer Radikalisierung erkennt, findet auch Möglichkeiten damit um- und dagegen vorzugehen.“

Die Sonderausstellung soll im Cube 600, eine an den historischen Saal 600 der Nürnberger Prozesse angrenzende Interimsstätte, umgesetzt und nach Abschluss in Teilen als Wanderausstellung überregional zur Verfügung stehen. Die Ausstellung soll im Spätsommer/Herbst 2022 eröffnet werden.

Das Bayerische Sozialministerium fördert im Rahmen der Radikalisierungsprävention seit 2015 eine Reihe von Präventionsprojekten gegen Rechts- wie Linksextremismus, Salafismus und Antisemitismus. Die Sonderausstellung „Rechtsterrorismus seit 1945“ (Arbeitstitel) des Memorium Nürnberger Prozesse wird mit bis zu rund 20.000 Euro finanziell vom Bayerischen Sozialministerium unterstützt.

Einen Überblick aller Maßnahmen finden Sie unter Radikalisierungsprävention.

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers